

Lutz Raphael

Flexible Anpassungen und prekäre Sicherheiten

Industriearbeit(er) nach dem Boom

1. Das „Ende der Maloche“?

Aus der Vogelperspektive der großen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Trends sind die Veränderungen in der Welt industrieller Arbeit zwischen der Mitte der 1970er Jahre und dem Jahrhundertende klar zu sehen, weil sie als erwartbare Folgen längerfristiger Entwicklungen verstanden und beschrieben werden können. Die Öffnung europäischer und internationaler Märkte für Industriegüter und die wachsende internationale Mobilität des Kapitals trieben diesen Prozess voran. Mit den Konjunkturkrisen 1973/74 und 1981/82 beschleunigte sich der Transfer vom industriellen zum Dienstleistungssektor. Strukturkrisen ganzer Branchen, Werkschließungen und massiver Arbeitsplatzabbau prägten diesen Prozess und bestimmten die öffentliche Wahrnehmung. Die industrielle Arbeitswelt schien immer mehr der Vergangenheit anzugehören, die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Bundesrepublik schien eindeutig im tertiären Sektor zu liegen.

Slogans wie „Abschied vom Malocher“ und „Ende der Maloche“ haben diese Trends auf zwei griffige Formeln gebracht. Die relative Erfolgsgeschichte der deutschen Industrie seit der Jahrtausendwende macht aber darauf aufmerksam, dass es sinnvoller sein kann, ergebnisoffener nach den Prozessen der Umstrukturierung industrieller Produktion und – damit aufs engste verbunden – industrieller Arbeitswelten in den 1970er und 1980er Jahren zu fragen, statt allein eine Verlustgeschichte der De-Industrialisierung und ihrer sozialen Begleiterscheinungen zu schreiben.

Bereits ein Blick auf die Wahrnehmungsmuster dieses Strukturwandels durch die Zeitgenossen macht deutlich, dass De-Industrialisierung in der Bundesrepublik Deutschland von den Beteiligten (Gewerkschaftern, Unternehmern, Parteien und Regierungen) nicht generell als „Schicksal“ hingenommen worden ist, auch wenn selten Einigkeit darüber bestand, welche Gegenmaßnahmen wirksam beziehungsweise angemessen und vor allem welche Betriebe, Branchen und Regionen mit privaten und öffentlichen Investitionen, Sozialpakten, Betriebsvereinbarungen oder anderen Initiativen zu retten seien. Die wirtschaftspolitischen Versuche der Krisenbewältigung

sollen hier nicht behandelt werden, für eine angemessene zeithistorische Perspektive ist es meines Erachtens jedoch wichtig festzuhalten, dass die Zukunft industrieller Produktion in der Bundesrepublik als eine der Kernfragen für das „Modell Deutschland“ nach dem Boom galt und das Verschwinden ganzer Branchen und Industriestandorte im westdeutschen Fall (ganz anders als nach 1990 in der früheren DDR) eher die Ausnahme denn die Regel war.

Es lohnt sich also, genauer hinzuschauen und den komplexen Prozess der Veränderungen industrieller Arbeitswelten in den drei Jahrzehnten zwischen 1970 und 2000 in den Blick zu nehmen. Zeitlicher Schwerpunkt sind dabei die zwei Jahrzehnte zwischen den beiden Rezessionen 1973/75 und 1991 bis 1994. Der vorliegende Beitrag ist primär sozialgeschichtlich angelegt und fragt nach den Folgen von Branchenkrisen und Werkschließungen, aber auch nach den Auswirkungen des Aufschwungs neuer Produktionssektoren und der Veränderung der sozialen Organisation von Betrieben und Produktionsabläufen für die Beschäftigten. Industrielle Arbeitswelten werden dabei zugleich auch als wichtige Bestandteile lebensweltlicher Erfahrung, von Biographien und Familienstrategien verstanden.

Die leitende Frage ist im Folgenden, welche Formen der Anpassung an die sich verändernden ökonomischen Rahmenbedingungen in der industriellen Arbeitswelt zu beobachten waren. Es stehen also jene Aspekte im Vordergrund, die man in Übernahme eines aktuellen Konzepts der sozial-ökologischen und umweltwissenschaftlichen Forschung als Mechanismen und Ressourcen von Resilienz bezeichnen kann. Flexibilität wurde zu einem solchem Mechanismus sowohl für die Betriebe und Unternehmen als auch für die Beschäftigten. Zeitgewinn erwies sich als eine immer wichtigere Ressource, um anstehende oder drohende Umstrukturierungen zu bewältigen beziehungsweise als Beschäftigter die eigene Berufskarriere oder Lebensplanung den neuen Zeiten anzupassen.

2. Arbeitserfahrungen und Berufskarrieren

Welche Folgen hatten diese Trends für die beruflichen Erfahrungen und Arbeitskarrieren von Industriebeschäftigten zwischen der Mitte der 1970er und dem Beginn der 1990er Jahre? Erst wenn man diese Ebene individueller beziehungsweise familiärer Einkommenslagen und Arbeitserfahrungen mit berücksichtigt, gewinnt man genauere Einblicke in die erfahrungsprägende Relevanz dieser Veränderungen.

Eine kollektivbiographische Auswertung der im sozio-ökonomischen Panel (SOEP) erhobenen Sozialdaten von Haushalten seit 1984 erlaubt es, sich der Vielfalt der Arbeitserfahrungen zu nähern. Die folgenden biographischen Fälle sind keineswegs als repräsentativ misszuverstehen, sondern sie sind so ausgewählt worden, dass sie das breite Möglichkeitsfeld der Berufskarrieren erkennen lassen, welche der komplexe Strukturwandel der westdeutschen Industrie seit den 1970er Jahren hervorgebracht hat. Die hierzu herangezogenen Haushaltsdaten haben den Vorteil, kollektivbiographische Informationen über einen längeren Zeitraum (1984 bis 2009) zur Verfügung zu stellen. Sie erlauben es zu untersuchen, wie die Betroffenen auf die Strukturbrüche reagierten. Die übliche statistische Auswertung kann so durch eine qualitative Analyse der Arbeitsbiographien und Haushalts- beziehungsweise Familienstrategien ergänzt werden.

Familie A führt uns in die Facharbeiterwelt des südwestdeutschen Maschinenbaus, konkret nach Ostwürttemberg (Landkreis Heidenheim/Ostalbkreis). Der Vater, ein 1939 geborener Facharbeiter, war seit seinem 17. Lebensjahr kontinuierlich berufstätig, seit 1960 sogar beim selben Arbeitgeber. Als er 1997, mit 58 Jahren, vorzeitig in den Ruhestand trat, war die De-Industrialisierung an ihm vorübergegangen. Er hat seinen Job als Werkzeugmaschinen-einrichter kontinuierlich ausgeübt, weiter in Wechselschicht gearbeitet, und die vielfältigen Veränderungen in den technischen Produktionsabläufen und der sozialen Betriebsorganisation als Möglichkeiten beruflicher Weiterentwicklung und partiell gewachsener Mitentscheidungs- und Gestaltungschancen wahrgenommen. Die krisenhaften Konjunkturschwankungen in seiner Branche haben sich aber in den 1980er und frühen 1990er Jahren in erheblichen Lohnschwankungen niedergeschlagen – Schwankungen, die aber durch das regelmäßigeres Einkommen seiner seit 1962 in der öffentlichen Verwaltung teilzeitbeschäftigten Frau abgedeckt worden sind. Auch die drei Söhne und Schwiegersöhne dieser Familie, 1961, 1963 und 1965 geboren, haben Industrierufe erlernt und als Facharbeiter ihre Berufslaufbahnen begonnen. Zwei starteten in der Kfz-Herstellung, aber alle drei erlebten in den Anfangsjahren ihres Berufslebens Phasen der Unterbrechung – der eine die verlängerte Bundeswehrdienstzeit als spät Eingezogener, die anderen als kürzere Phasen der Arbeitslosigkeit. Immer waren diese Unterbrechungen auch mit Stellenwechseln verbunden, bevor dann auch die drei jüngeren Mitglieder dieses Arbeiterhaushalts nach Heirat und Familiengründung in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre festere Beschäftigungsverhältnisse suchten und fanden. In diesen Arbeiterhaushalten verdienten die Männer übrigens bis zu 80 Prozent des monatlichen Haushaltseinkommens, ihre

Frauen waren nach Phasen der Mutterschaft und der Kindererziehung wieder als Teilzeitbeschäftigte berufstätig. Familie A steht für die Erfahrungswelt vieler Facharbeiter, welche die Phase der Umstrukturierungen in der Mitte oder am Beginn ihres beruflichen Lebens zugleich als Chance wie Notwendigkeit der beruflichen Weiterentwicklung und Anpassung an den beschleunigten technologischen Wandel erlebten¹.

Haushalt B² in Nordrhein-Westfalen (Region Wuppertal) macht deutlich, dass auch im Kernsektor des Maschinenbaus die Prozesse sozialgeschichtlich keineswegs immer so glatt verliefen: Der 1959 geborene Haushaltsvorstand, Facharbeiter und ebenfalls kontinuierlich, von 1974 bis 1994, im selben Betrieb, einem Kleinbetrieb des Maschinenbaus, als Werkzeugmaschinen-einrichter tätig, erlebte das jähe Ende dieser stabilen Arbeitswelt mit der Stilllegung seines Betriebs 1995. Es folgten acht Jahre, die geprägt waren von wiederholter Arbeitslosigkeit, häufiger wechselnden Jobs, unter anderem in der Textil- und Bekleidungsindustrie, bevor er seit 2003 wieder eine längerfristige Beschäftigung in einem Unternehmen der Metallerzeugung finden konnte. Auch in diesem Fall wurden Einkommensverluste und Lohnschwankungen vor allem durch die Teilzeitbeschäftigung der sechs Jahre jüngeren Ehefrau kompensiert, die in den verschiedensten Branchen tätig war, bevor sie wieder in ihrem erlernten Beruf als Arzthelferin arbeitete. Dieser jüngere Facharbeiter, der erst nach dem Boom seine Berufskarriere begann, erlebte in der Mitte der 1990er Jahre die Umstrukturierungen der westdeutschen Industrie persönlich als Krise seiner Berufskarriere, und er brauchte etwa acht Jahre, um als dann Vierzigjähriger wieder in dauerhaftere Beschäftigungsverhältnisse zu gelangen.

Haushalt C³ ist den vielen Fällen ausländischer Arbeiterfamilien entnommen. Es handelt sich um einen türkischen Arbeiterhaushalt in der Region südlicher Oberrhein/Freiburg. Der Vater, 1940 geboren, war bis zum Alter von 52 Jahren ununterbrochen berufstätig. Seit 1973 arbeitete er in Wechselschicht als Maschinenbediener beim selben Textilhersteller; 1992 wurde ihm gekündigt, und er war dann fünf Jahre arbeitslos, bevor er mit 58 Jahren in Rente ging. Das vorzeitige Ende des Berufslebens vor allem un- oder angelernter Arbeiter wird in diesem Fall besonders deutlich; ein großer Teil der Arbeitsplatzverluste in den westdeutschen Industrien wurde auf diese Weise „sozialverträglich“, aber auch kostenintensiv für die sozialen Sicherungssysteme geregelt. Das unerwartet frühe und plötzliche soziale

¹ SOEP Haushalts-IDs 32646, 70602, 79529.

² SOEP Haushalts-ID 13080.

³ SOEP Haushalts-ID 58394.

Altern einer ganzen Generation von Industriearbeitern bedeutete auch einen deutlichen Einschnitt in den familiären Ordnungen und den Einkommensstrategien der Haushalte. Auffällig ist im Fall dieses Haushalts, dass auch die nächste Generation der Söhne und Schwiegersöhne in industriellen Berufen tätig blieb, mal als angelernte Arbeiter, mal als Facharbeiter⁴. Typisch für ihre Berufsanfänge in den 1980er Jahren ist aber wiederum eine viel größere Instabilität der Beschäftigungsverhältnisse beziehungsweise der Wechsel zwischen Arbeitslosigkeit und Berufstätigkeit und der Wechsel zwischen unterschiedlichen Betrieben oder Branchen.

Diese drei Fälle können vielleicht besser als die Zahlen der Statistik deutlich machen, dass der Strukturwandel der westdeutschen Industrie soziale Situationen generierte, die das gesamte Spektrum vom sozialen Wandel im Zeichen lebensgeschichtlicher Kontinuität bis hin zu Abbrüchen der Arbeitsbiographien und Lebenskrisen umfassen. Gleichzeitig werden generationsspezifische Unterschiede deutlich. Den Berufseinsteigern der Jahre zwischen 1975 und 1995 zwang die dynamischere, instabilere Industriewelt ein größeres Maß an Flexibilität auf; sie bot aber auch die Chance des beruflichen Aufstiegs und der Weiterqualifikation. Auffällig in den bisher ausgewerteten Arbeiterlaufbahnen dieser Generation ist jedoch, dass die meisten von ihnen dann nach Heirat und Familiengründung industrielle Arbeitsplätze gefunden haben, die mehr Sicherheit und Kontinuität boten. Hierin spiegelt sich auch der relative Markterfolg westdeutscher Industrieunternehmen in den späten 1980er Jahren und während der 1990er Jahre wider. Diesen jüngeren Vertretern erneuerter Stammebelegschaften standen die immer zahlreicheren langzeitarbeitslosen oder frühverrenteten Arbeiter der Jahrgänge 1930 bis 1945 gegenüber. Der Strukturwandel im Zeichen der De-Industrialisierung, so lassen diese Haushaltsdaten des sozio-ökonomischen Panels jedenfalls vermuten, vertiefte Erfahrungsunterschiede zwischen den Alterskohorten und wirkte in Richtung spezifischer generationeller Prägungen innerhalb der Industriebeschäftigten.

3. Branchen und Fabriken im Strukturwandel

Ein Blick auf die Entwicklung der Branchen und Betriebe kann diese ersten Beobachtungen schärfen und ergänzen. Erste statistische Orientierung soll ein Vergleich der amtlichen Arbeitsstättenzählungen von 1970 und 1987 für die Bereiche „produzierendes Gewerbe“ und „Bau“ liefern.

⁴ SOEP-Haushalts-IDs 84271, 90271, 102702.

Tabelle 1: Beschäftigte im produzierenden Gewerbe und in der Bauindustrie 1970 bis 1987 im Vergleich⁵

	1970	1987	Trend 1970 bis 1987	Trend in Groß- betrieben	Anteil der Beschäftigten in Großbetrieben (Prozent 1987)
Maschinenbau	1.269.980	1.103.666	-13,1	-34,5	26,3
Leder, Textil, Bekleidung	1.209.794	607.156	-49,6	-73	4,4
Elektrotechnik	1.148.041	1.007.226	-12,3	-25,1	40,8
Metallerzeugung/- bearbeitung	925.364	663.688	-28,3	-51,2	33,8
Chemie	609.008	551.863	-9,4	-9,7	40,0
Kfz-Bau	576.545	735.982	24,7	23,4	80,1
Schiffsbau	75.865	40.645	-46,4	-56,9	52,9
Lebensmittel, Tabak	971.536	784.601	-19,2	-50,7	3,8
Produzierendes Gewerbe insgesamt	10.124.645	8.352.548	-17,5	-24,3	27,9
Bau	2.249.983	1.851.652	-17,7	-56,6	1,2

Die Befunde sind eindeutig: 1987, also gut 14 Jahre nach der ersten Ölkrise waren mehr als 1,77 Millionen Arbeitsplätze im gewerblichen Sektor und knapp 400.000 in der Bauindustrie verschwunden; das waren knapp 18 Prozent aller industriellen Arbeitsplätze bezogen auf das Ausgangsjahr 1970. Ein Blick auf die Zahlen der beschäftigungsintensivsten Branchen bestätigt dann auch das bekannte Bild: die größten Schrumpfungen erlebten Sektoren wie die Textil- und Bekleidungsindustrie, der Schiffsbau (hier verschwand fast die Hälfte aller 1970 gezählten Arbeitsplätze!), die Stahlindustrie (dort ging mehr als ein Viertel der Arbeitsplätze verloren); stabiler blieb das Beschäftigungsniveau in der Chemieindustrie (-9,4 Prozent), im Maschinenbau (-13 Prozent) und in der Elektroindustrie (-12 Prozent). Schließlich lassen sich 1987 einige wenige Sektoren mit wachsendem Arbeitsplatzangebot identifizieren wie die Automobilindustrie und ihre Zuliefererbetriebe (fast 25 Prozent Zuwachs).

⁵ Vgl. Statistisches Bundesamt, Unternehmen und Arbeitsstätten. Arbeitsstättenzählung vom 25. Mai 1987, Stuttgart o.J. (1989), S. 14–21 (Fachserie 2, H. 11).

Weniger bekannt und noch viel weniger reflektiert ist ein weiterer Trend. Die Zahl der Betriebe ist relativ zum Rückgang der Beschäftigten weniger stark zurückgegangen. Es waren vor allem Großbetriebe, welche die Konjunktur- und Strukturkrisen der 1970er und 1980er Jahre nicht überstanden haben. Wie Tabelle 1 zeigt, lässt sich dieser Trend über alle hier ausgewählten Branchen hinweg beobachten. Insgesamt nahm das Gewicht mittlerer und kleinerer Betriebe im Archipel industrieller Produktion zu. Sozialgeschichtlich ist dies nicht ohne Bedeutung. Der VW-Bandarbeiter, aber auch der Thyssen-Stahlwerker, beide in Großbetrieben tätig, waren 1987 viel weniger „repräsentativ“ für industrielle Arbeitswelten der Bundesrepublik, als sie dies noch 1970 waren!

Der Anteil der in Großbetrieben Beschäftigten hatte 1987 bereits die 30 Prozent Marke unterschritten. Das macht die Aufgabe für Sozialhistoriker des industriellen Strukturwandels nicht leichter, denn die Welt der Klein- und Mittelbetriebe ist uns weniger bekannt, vor allem, wenn es um die technischen Veränderungen in der Produktion und deren Folgen beziehungsweise Begleiterscheinungen in der sozialen Betriebsorganisation geht. Diese vielfach mittelständisch geprägten Unternehmen gewannen also in der Phase der Umstrukturierungen seit 1973 relativ an Bedeutung. Eine systematische zeithistorische Sichtung vorhandener Studien über diese Welt der kleinen und mittleren Industriebetriebe steht meines Wissens noch aus, einige zeitgenössische industriesoziologische Studien bieten jedoch ausgesprochen interessante Einblicke in die Veränderungen kleinbetrieblicher Arbeitswelten in den 1970er und 1980er Jahren. Hermann Kotthoff und Josef Reindl haben mittelständische Unternehmen in den Branchen Bekleidung, Möbel und Maschinenbau in den späten 1980er Jahren untersucht⁶. Ordnung in die enorme Vielfalt betrieblicher Situationen bringen regionale Strukturmuster: Gerade Klein- und Mittelbetriebe blieben eingebettet in regionale Muster gewerblicher Arbeitsorganisation. Dies galt für die Betriebe der Polstermöbelherstellung im ländlich geprägten Coburger Raum oder für die Maschinenbaubetriebe im Schwarzwald, für die Bekleidungsbetriebe im montan-industriell geprägten Saarland ebenso wie für die untersuchten Textil- oder Maschinenbauunternehmen im Großraum Frankfurt/Offenbach oder Stuttgart, die durch eine gewerkschaftlich organisierte Facharbeiterkultur geprägt waren.

⁶ Vgl. Hermann Kotthoff/Josef Reindl, *Die soziale Welt kleiner Betriebe. Wirtschaften, Arbeiten und Leben im mittelständischen Industriebetrieb*, Göttingen 1990.

Gleichzeitig waren die Arbeitsverhältnisse der meisten dieser Betriebe tiefgreifend beeinflusst vom Anpassungszwang an veränderte Marktbedingungen im Zeichen der „Globalisierung“. Sie konfrontierte Belegschaften wie Unternehmensleitungen mehr oder weniger beständig mit dem Risiko der Insolvenz beziehungsweise des Arbeitsplatzverlusts und des Zwangs zu weiteren Rationalisierungen oder Produktionsveränderungen als Voraussetzung dafür, die Chancen neuer (internationaler) Märkte überhaupt nutzen zu können. Diese Welt industrieller Kleinbetriebe ist zugleich jedoch auch eine Welt, die in den 1970er Jahren einen doppelten Umbruch erlebt hat: Viele dieser Betriebe hatten in diesen Jahren einen Wechsel ihres Leitungspersonals zu überstehen. Dieser Generationenwechsel war zugleich verbunden mit der Herausforderung, den in den Jahrzehnten des Booms gepflegten Stil autoritärer oder patriarchalisch geführter Unternehmensleitung den neuen Bedingungen anzupassen oder zugunsten neuer Modelle aufzugeben.

Diese Umstellung der „betrieblichen Sozialordnungen“⁷ erfolgte zwar „von oben“, musste jedoch in einem Teil der Unternehmen den neuen Mitbestimmungsansprüchen und -rechten der Belegschaften Rechnung tragen: Betriebsräte gehörten ebenfalls zur neuen sozialen Realität kleiner und mittlerer Betriebe der 1970er und 1980er Jahre. In dem Zusammenreffen dieser beiden Trends entstanden ganz unterschiedliche Konstellationen mit einer riesigen Spannweite, was die sozialen Organisationsformen angeht: Sie reicht vom Typ „seelenlose Arbeitshäuser“, in der nur noch ein „Skelett aus Maschinen, Organisationsregeln und Produktionsfaktoren“ existierte, um einfache Produkte für Massenmärkte mit austauschbaren Belegschaften herzustellen, bis zum Typ „integrative Bürgergesellschaften“, in denen gewerkschaftliche Mitbestimmung und sachlich-professionelles Management eng kooperierten. Hier reichte das Produktionsspektrum von den Spezialbetrieben der Maschinenbauindustrie bis zur Qualitätsproduktion in der Möbel- und Bekleidungsindustrie.

Diese Befunde machen den Zeithistoriker hellhörig. In den mittelständischen Industrieunternehmen vollzog sich zum einen häufig eher geräuschlos das Drama der De-Industrialisierung in Form von Entlassungen oder Werkschließungen, aber zugleich organisierten sich hier auch die Anpassungsstrategien und der Widerstand dagegen. Dies gilt gerade für klassische Sektoren wie die Textilbranche oder die Möbelindustrie. Die Suche nach

⁷ Ebenda, S.354; die folgenden Zitate sind derselben Studie, S.286 und S.142, entnommen.

geeigneten Marktlücken für die eigene Produktion artikuliert sich dabei in ganz unterschiedlichen neuen „Produktionskonzepten“, wie dies zeitgenössisch von einflussreichen Industriesoziologen genannt wurde⁸. Die erfolgreiche Mobilisierung der Beschäftigten, ihres Fach- oder ihres impliziten Produktionswissens sowie ihrer Einsatzbereitschaft gehörte dabei zu den wichtigsten Erfolgsfaktoren bei der Einführung neuer – computergesteuerter – Fertigungstechniken. Flexibilität wurde dabei zu einem ganz wesentlichen Bestandteil dieser industriellen Arbeitswelten und betraf so unterschiedliche Aspekte wie die Umstellung der Produkte und der Fertigungsserien, die Regelung der Arbeitszeiten, die Anpassung der Löhne an Auftragslagen, den Wechsel betrieblicher Arbeitsplätze und die Übernahme unterschiedlicher Aufgaben durch den einzelnen Beschäftigten.

4. Berufsprofile im Wandel

Einen weiteren Einblick in den Wandel industrieller Arbeitswelten kann man schließlich gewinnen, wenn man sich die Veränderungen in der Zusammensetzung der dort Beschäftigten anschaut. Zunächst bietet es sich an, nach dem Qualifikationsniveau zu fragen.

Tabelle 2: Veränderung der Beschäftigtenstruktur im produzierenden Gewerbe 1970 bis 1987⁹

	1970	1987	Trend
Arbeitnehmer	9.558.329	7.987.532	-16,5
Frauen	3.045.167	2.314.878	-24
Ausländer	1.053.730	805.116	-23,6
Angestellte	2.257.257	2.331.278	+3,3
Facharbeiter	2.713.311	2.488.180	-8,3
Sonstige Arbeiter	4.119.564	2.684.425	-36,8
Auszubildende	468.197	554.539	+18,4

Die industriellen Arbeitswelten wurden immer mehr Welten qualifizierter Beschäftigter, waren sie nun Facharbeiter, Meister, Techniker, Ingenieure oder Wissenschaftler. In den Werkshallen veränderten sich die Relationen

⁸ Horst Kern/Michael Schumann, *Das Ende der Arbeitsteilung? Rationalisierung in der industriellen Produktion. Bestandsaufnahme, Trendbestimmung*, München 1984.

⁹ Vgl. *Unternehmen und Arbeitsstätten*, S. 44f.

zwischen Facharbeitern und an- beziehungsweise ungelerten Arbeitern. Stellten letztere 1970 noch 60 Prozent der industriellen Arbeiterschaft, fiel ihr Anteil seitdem konstant. 1987 überwog ihr Anteil nur noch knapp den der Facharbeiter. Der Trend hielt auch in 1990er Jahren an. Gleichzeitig wurde die industrielle Arbeitswelt noch männlicher als in der Phase des Booms, als mit Textil, Bekleidung und Nahrungsmittelindustrie Branchen mit einem hohem Anteil weiblicher Beschäftigter stark gewachsen waren. Dieser Trend zur Schaffung häufig unqualifizierter Arbeitsplätze für Frauen setzte sich nach 1973 im Industriesektor nicht mehr fort, er wanderte aber weiter in den boomenden Dienstleistungsbereich¹⁰. Industriearbeiterinnen waren von Stellenabbau und Stilllegungen zahlenmäßig noch häufiger betroffen als ihre männlichen Kollegen. Gleiches gilt für die ausländischen Arbeitnehmer, die andere große Gruppe der „industriellen Reservearmee“ der Wachstumsphase der 1960er und frühen 1970er Jahre.

In diesen männlich dominierten Arbeitswelten wiederum verschoben sich die Gewichte. Der „Abschied vom Malocher“ ist das klischeehafte Bild für diese Veränderungen, es ist aber einer Branche entnommen, die eher atypisch für die Bundesrepublik war: In der Stahlindustrie und im Bergbau, den beiden Leitbranchen der alten Industrieregionen an Saar und Ruhr, dominierte der unqualifizierte Arbeiter, dem allein innerbetrieblicher Aufstieg und Erfahrungszugewinn seinen Status sicherte. Und dieser „Malocher“ war der Hauptverlierer in den Branchenkrisen, als man Belegschaften verkleinerte und Werke stilllegte. So wurden in der westdeutschen Eisen- und Stahlbranche zwischen 1975 und 1985 387.000 „Abgänge“ gezählt – vor allem ältere und angelernte Arbeiter, unter denen viele Ausländer waren. Dem standen aber 247.000 Neueinstellungen vor allem von gut ausgebildeten, jüngeren Arbeitskräften gegenüber¹¹. Der Facharbeiter wurde nach dem Boom für die westdeutsche Industriearbeit zu einer immer wichtigeren Figur. Seine Kompetenzen am Arbeitsplatz, aber auch sein Tariflohn hingen primär ab von seiner Ausbildung. Dies machte ihn auch weniger abhängig vom jeweiligen Betrieb, zuweilen sogar relativ unabhängig von der Branche. Die Verberuflichung der industriellen Arbeitswelt gehört zu den Strukturen langer Dauer der deutschen Industrieentwicklung im 20. Jahr-

¹⁰ Vgl. Nicole Mayer-Ahuja, *Wieder dienen lernen? Vom westdeutschen „Normalarbeitsverhältnis“ zu prekärer Beschäftigung nach 1973*, Berlin 2003.

¹¹ Vgl. Uwe Jürgenhake/Beate Winter, *Neue Produktionskonzepte in der Stahlindustrie. Ökonomisch-technischer Wandel und Arbeitskräfteeinsatz in der Eisen- und Stahlindustrie und seine Auswirkungen auf die Arbeitsorganisation und -gestaltung sowie die betriebliche Aus- und Weiterbildung*, Dortmund 1992, S. 36.

hundert. Dieser Trend ist in den Turbulenzen der Konjunkturkrisen und der technologischen Innovationen seit 1973 überraschenderweise nochmals verstärkt worden. Dies wird deutlich, wenn man auf die Alterskohorten blickt: In der Gruppe der Arbeiter, die nach 1975 ihre berufliche Laufbahn begannen, lag der Anteil der Facharbeiter bei 43,5 (1984) beziehungsweise 44,8 Prozent (1995)¹². Hinzu trat noch ein wachsender Anteil höherqualifizierter Berufseinsteiger, die meist als Angestellte beschäftigt wurden.

Aufschlussreich ist zudem, dass dabei die Zahl derer weiter zunahm, die in ihrem erlernten Beruf arbeiteten. Dabei sind jedoch die geschlechterspezifischen Unterschiede beachtlich: 1984 waren 35,6 Prozent der befragten Männer, aber nur 17,4 Prozent der Frauen in ihrem erlernten Beruf tätig; der deutlich höhere Anteil ungelerner Arbeiterinnen und Angestellten in den untersuchten Arbeiterhaushalten (nämlich 32 Prozent) erklärt diese Differenz¹³.

Ein Blick in die Berufsstatistiken erlaubt es, zunächst einmal die unterschiedlichen Risiken und Karrierechancen abzuschätzen, die mit den verschiedenen Berufen verbunden waren. Potentielle Gewinner und Verlierer der Modernisierungen/Rationalisierungen industrieller Produktionsprozesse jenseits der Branchengrenzen werden damit sichtbar. Auch die Welt der industriellen Berufe ist enorm vielfältig. Aus einer in den 1980er Jahren entstandenen qualitativen Studie, die sich mit den Berufsperspektiven von jungen Facharbeitern beschäftigte, geht hervor, wie groß auch in diesem Fall die Spielräume waren und wie sehr im Zeichen von Krisenbewältigung und Arbeitsplatzabbau kleine Differenzen in den Berufsbildern zu großen Unterschieden in den Arbeitskarrieren werden konnten: Während sich für junge Werkzeugmacher in den 1980er Jahren eher Chancen zum weiterem Aufstieg in qualifiziertere Tätigkeitsfelder ergaben, die sie durch individuelle Strategien des Arbeitsplatzwechsels oder der Weiterqualifikation vorantreiben konnten¹⁴, standen beispielsweise Dreher oder Fräser vor der Herausforderung, sich als Facharbeiter in der Produktion vor den Risiken der Entlassung, der Abteilungs- oder Betriebsstilllegung zu schützen. Die individuellen Strategien reichten hier von vorsichtiger Absicherung durch innerbetrieblichen Aufstieg bis zum Ausstieg aus der Industriearbeit oder zur Weiterqualifikation zum Ingenieur.

¹² SOEP eigene Auswertung, Zahlen 1995 nur für die alten Bundesländer ohne Berlin.

¹³ SOEP 1985 eigene Berechnungen.

¹⁴ Vgl. Lothar Lappe, Berufsperspektiven junger Facharbeiter. Eine qualitative Längsschnittanalyse zum Kernbereich westdeutscher Industriearbeit, Frankfurt a. M. 1993, S. 242 ff.; zum Folgenden vgl. ebenda, S. 143–220.

Schließlich kommt ein solcher Überblick über die Welt industrieller Arbeit nicht aus ohne einen Blick auf die Arbeitslosenstatistik. Waren bis zur ersten Ölpreiskrise 1973/74 die industriellen Arbeitsmärkte Anbietermärkte, so verschoben sich danach sehr rasch die Kräfteverhältnisse. Stellenangebote für Industriearbeiter nahmen drastisch ab, der Erhalt des eigenen Arbeitsplatzes gewann für die individuellen wie auch für die kollektiven Strategien der Interessenabsicherung immer mehr an Bedeutung. Mit den Rationalisierungen und Werkschließungen nahm schließlich auch die Zahl der durch Arbeitslosigkeit unterbrochenen Berufskarrieren zu. Eine zeitgenössische Studie bezifferte die Zahl derer, die zwischen 1979 und 1984 arbeitslos geworden seien, auf circa zehn Millionen¹⁵. Eigene Auswertungen des SOEP 1985 kommen zu dem Ergebnis, dass in Arbeiterhaushalten 23,1 Prozent der Mitglieder zwischen 1975 und 1984 mindestens einmal arbeitslos geworden waren. Für 16 Prozent handelte es sich dabei um eine einmalige Erfahrung. Für ähnlich viele, 17,6 Prozent, betrug die (kumulierte) Dauer ihrer Arbeitslosigkeit maximal ein Jahr¹⁶. Dies galt sowohl für Männer als auch für Frauen. Häufiger arbeitslos wurden die beruflichen Neueinsteiger seit 1975 (27 Prozent); mehr als jeder Fünfte (22 Prozent) dieser nach 1955 Geborenen war bis zu einem Jahr ohne Beschäftigung.

Aber diese Durchschnittswerte verbergen wiederum sektorale und regionale Unterschiede. Die Branchendifferenzen sind bereits angesprochen worden, in Verbindung mit ihnen entwickelte sich ein deutliches Nord-Südgefälle in den industriellen Arbeitswelten der Bundesrepublik. Während Arbeiterhaushalte in Bayern, Baden-Württemberg, aber auch in Nordrhein-Westfalen im Zeitraum zwischen 1975 und 1984 unterdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen waren, hatte vor allem die Werftenkrise die drei nördlichen Küstenländer Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein zu Krisenregionen gemacht: Hier waren 26,4 Prozent mindestens einmal arbeitslos geworden, und hier war mit 8,1 Prozent die Zahl derjenigen, die länger als ein Jahr arbeitslos waren, deutlicher höher als im Süden (4,4 Prozent) und Westen (4,7 Prozent) der Bundesrepublik¹⁷.

Die Jugendarbeitslosigkeit stieg auch in der Bundesrepublik an, blieb aber auf einem relativ niedrigen Niveau. Vor allem zeigen qualitative Untersuchungen, dass der Berufseinstieg der nachrückenden Alterskohorten zwar

¹⁵ Vgl. Gerd Mutz u. a., Diskontinuierliche Erwerbsverläufe. Analysen zur postindustriellen Arbeitslosigkeit, Opladen 1995, S. 24.

¹⁶ Eigene Berechnungen: N = 5253.

¹⁷ Anzahl der Fälle nach Ländergruppen. Baden-Württemberg und Bayern = 1833, drei Nordländer = 246, Nordrhein-Westfalen = 319. SOEP 1985 eigene Berechnungen.

anders als in den Boomjahren keineswegs einfach verlief, aber dennoch gelang. Die eingangs präsentierten Fälle von Berufseinsteigern haben bereits erkennen lassen, dass viele Jugendliche und Berufsanfänger Umwege, Wartezeiten und Arbeitslosigkeit in Kauf nehmen mussten, bevor sie eine mehr oder weniger sichere Arbeitskarriere starten konnten.

5. Fazit

Die industriellen Arbeitswelten schrumpften nicht nur, sondern sie veränderten sich in einem Tempo, das sich allmählich beschleunigte. Das lag an veränderten Marktbedingungen, technologischen Innovationen (*computer-aided design* und so weiter), aber nicht zuletzt auch an Veränderungen in der sozialen Betriebsorganisation. Die sozialstatistischen Befunde lassen die Konturen eines sehr widersprüchlichen Prozesses der Umstrukturierungen in den industriellen Arbeitswelten erkennen, bei dem Faktoren institutioneller Stabilität eine wichtige Rolle spielten und für mehr Kontinuität sorgten als etwa in den westeuropäischen Nachbarländern. Institutionelle Stabilität herrschte im Gebiet der alten Bundesrepublik bis in die Mitte der 1990er Jahre vor im Bereich des Arbeitsrechts (Kündigungsschutz), des Berufsausbildungswesens, des Tarifwesens (hier ist vor allem die Institution des Flächentarifvertrags zu nennen) und des Sozialrechts. Zwar kam es hier zu einer ganzen Reihe von Anpassungen oder Reformen mit dem Ergebnis, dass vielfach Leistungsansprüche gekürzt beziehungsweise eingeschränkt und Schutzklauseln aufgeweicht wurden; auch die Tarifverträge öffneten die Türen für flexiblere betriebliche Regelungen. Dennoch blieben die vielfältigen Flexibilisierungen in den industriellen Arbeitswelten bis in die Mitte der 1990er Jahre in einen institutionellen Rahmen eingebettet, der von Kompromissen geprägt blieb, die Regierung, Gewerkschaften und Unternehmerverbände immer wieder eingingen, um die eigenen Interessen und Handlungsoptionen in den als unsicher und zunehmend auch als unkalkulierbar eingeschätzten Zeiten abzusichern.

Aus der Rückschau wird deutlich, dass dieses korporative Modell in der anhaltenden Krise industrieller Beschäftigung allmählich erodierte. Vor allem die Unternehmenseite und die Wirtschaftspresse kritisierten die vermeintlich zu hohen Kosten und die Schwerfälligkeit des institutionellen Gefüges, die es nicht zulasse, in angemessener Zeit auf krisenhafte Veränderungen oder unerwartete Herausforderungen des internationalen Wettbewerbs zu reagieren. Für die Gewerkschaften wurden die Spielräume für Zugeständnisse immer enger; gleichzeitig wuchs die Bereitschaft der Betriebsräte, den Be-

dürfnissen der eigenen Basis und damit den Egoismen der Betriebsgemeinschaften mehr Raum zu geben. Flexibilisierung war aber nicht nur ein Schlüsselwort der arbeitspolitischen Auseinandersetzungen. Dieser Begriff trägt auch viel zum Verständnis der alltagspraktischen Veränderungen bei, mit denen Industriebeschäftigte nach dem Boom zu rechnen hatten. Gerade die relative Stabilität der institutionellen Rahmenordnungen trennt diese Phase des industriellen Strukturwandels von einer zweiten Phase, deren Konturen in den industriellen Arbeitswelten erst Mitte der 1990er Jahre deutlich wurden. Die alte Deutschland AG löste sich auf, wobei die kurzfristige Profitorientierung auch für die Industrieunternehmen eine wachsende Bedeutung erhielt. Die neoliberalen Arbeitsmarktreformen der Regierungen seit 1994 öffneten die Tore industrieller Betriebe für eine wachsende Zahl von Leiharbeitern und führten dazu, dass mit Beginn des neuen Jahrtausends auch der bis dahin marginale Niedriglohnsektor rasch wuchs und das Lohngefälle in der industriellen Arbeiterschaft nach zwei Jahrzehnten erstmals wieder erheblich zunahm. Die sozialen Kosten der Flexibilisierung stiegen nun erheblich. Aber das ist bereits die unmittelbare Gegenwart.